

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Dienstag, 15. April 2014

Verfasser: Thomas Wirth

Der Einstieg in die Doppelsitzung war die Fortsetzung der ZKB-Debatte.

Fortsetzung ZKB-Gesetz

Nach Ansicht der Grünliberalen soll sich die ZKB als „nahe Bank“ auf den Zürcher Wirtschaftsraum konzentrieren. Aber für die notwendige Risikodiversifikation, soll es möglich sein, **Zweigniederlassungen** zu eröffnen. Der Rat folgte der Haltung der glp. Die glp wünscht in der ZKB-Strategie eine stärkere Fokussierung auf die Zürcher Bevölkerung und hier ansässigen Unternehmen. Risiken und Geschäfte zur kurzfristigen Steigerung der Gewinne liegen nicht im Interesse der Zürcher und Zürcherinnen. Daher soll darauf verzichtet werden. Insofern begrüssen die Grünliberalen den neuen **Leistungsauftrag**, wünschen aber noch eine weitergehende Schärfung desselben. Auch in dieser Frage folgte der Rat der Argumentation der glp. Die Grünliberalen lehnen die Erhöhung des **Dotationskapitals** ab. Noch hat die ZKB über 500 Mio. Reserven im bestehenden Dotationskapitalrahmens. Daher besteht kein Bedarf nach weiterem Kapital, zumal die ZKB auch gar nicht aufzeigen kann, wofür sie das weitere Geld benötigt oder einsetzen will. Eine langsame Erhöhung des Eigenkapitals kann und soll nach Ansicht der Grünliberalen durch eine teilweise Einbehaltung der Gewinne erreicht werden. Die Sicherung der Gewinnausschüttungen durch die Erhöhung des Dotationskapitals kann sich im Krisenfall sogar zu einem Eigentor für den Kanton entwickeln, weil dadurch die Verschuldung des Kantons erhöht. Höhere Zinszahlungen, ein schlechteres Rating und schlimmstenfalls massive Steuererhöhungen drohen in einem solchen Fall. Leider sieht die Mehrheit des Kantonsrat diese Gefahr nicht, sondern wählt den kurzfristig bequemen Weg und stimmt für einen unausgegorenen Kompromiss zur Dotationskapitalerhöhung.

Nach Meinung der Grünliberalen soll die ganze Vorlage dem Volk vorgelegt werden können, sofern das **Referendum** ergriffen wird. Aus formalistischen Gründen lehnte die Mehrheit des Kantonsrat das Begehren ab.

Die ZKB profitiert davon, dass sie über eine **Staatsgarantie** verfügt. Die Grünliberalen fordern ein Reglement, welches die notwendige **Abgeltung** gemäss dem tatsächlichen Wert im Sinne eines Versicherungsmodells regelt. Dies wird zu einer höheren Abgeltung führen. Daher weist die glp den ungenügenden Vorschlag des Bankrates zurück. Leider hat sich der Rat für einen verwässerten Rückweisungsantrag entschieden.

Bei der Frage der **Entschädigungen** herrschte grosse Einigkeit im Kantonsrat. Mit Ausnahme der SP sind alle Parteien einig, dass die Forderungen des **Bankrates** übertrieben sind. Für die Grünliberalen ist eine Erhöhung bei den Bankräten möglich, weil sie für ihr Teilzeitarbeit auf eine Tätigkeit in der Finanzbranche verzichten. Die Erhöhung beim Bankpräsidium ist aber nicht angemessen.

In 4 Wochen folgt die Schlussabstimmung zu den ganzen ZKB-Geschäften

Fall Carlos

Medien machen Politik oder wie ein Problem aufgebauscht und zur Profilierung missbraucht wird. Nach dem Film im SRF begann eine Posse sondergleichen. Aus Sicht der Grünliberalen ging der Fokus in den Diskussionen vollständig verloren und die ersten wirksamen Massnahmen für Carlos wurden vorzeitig gestoppt und der jugendliche Delinquent startete eine Odyssee durch die Institutionen. So ging beispielsweise vergessen, dass die monatlichen Kosten im Jugendstrafvollzug zwischen 6'000 Franken im offenen Strafvollzug bis zu 42'000 Franken (Hochsicherheitstrakt der Psychiatrie) liegen. Für die glp ist es wichtig, dass Sondersettings für jugendliche Straftäter auch in Zukunft möglich sind, nicht als Regel, aber als eine letzte Massnahme zur Wiedereingliederung. Und dieses Ziel darf die Jugendstaatsanwaltschaft nicht leichtfertig aufgeben. Politische Profilierungsversuche von Parteien schaden leider diesem Ziel, insbesondere wenn diese ohne Kenntnis der Sachlage erfolgen. Gleiches gilt aber auch für den Regierungsrat, der unklar und widersprüchlich kommunizierte und erst in seine Rolle fand, nachdem er merkte, dass er nichts gewinnen kann. Die Justizkommission kam dabei ihrer Aufsichtsfunktion nach. Eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) auf der Basis eines medial prominenten Einzelfalls ist unnötig und bringt inhaltlich nichts, sondern kommt nur der Profilierungssucht einzelner Parteien entgegen. Die Juko soll und muss die Jugendstaatsanwaltschaft auch in Zukunft kontrollieren. Im Grundsatz stützte der Rat diese Position und lehnte eine PUK und die Rückweisung des Berichtes ab.

Lotteriefonds

Zum Abschluss genehmigte der Kantonsrat noch Beiträge an die Sanierung des Klosters Fahr und zugunsten der Stiftung Musikinsel Rheinau.